Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

Mehr Mut! Nachhaltigkeit muss politische Relevanz beweisen. Erwartungen und Empfehlungen an die Bundesregierung

Wir bestärken die Bundesregierung bei ihrer Nachhaltigkeitsstrategie, fordern zugleich aber wesentlich mehr politischen Mut. Die Nachhaltigkeit muss in vollem Umfang politisch wirksam gemacht werden. Dazu gehört mehr als „business as usual“. Von der anstehenden Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie erwarten wir uns wesentliche und wichtige Schritte.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat sich im Mai 2015 umfassend zur Fortentwicklung der Institutionen und Verfahren der deutschen Nachhaltigkeitspolitik im Kontext der Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) geäußert. Wir bekräftigen die dort gemachten Empfehlungen, insbesondere diejenigen, die sich auf die neue deutsche Nachhaltigkeitsstrategie beziehen. Sie konstruktiv aufzugreifen, ist ein wichtiger Bestandteil einer glaubwürdigen und erfolgreichen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auch dem öffentlichen Dialog stellt. Wir empfehlen, die Fortschreibung an folgenden Grundsätzen zu orientieren:

1. **Hohes Ambitionsniveau**: Die Dringlichkeit einer weltweit nachhaltigen Entwicklung erfordert ambitionierte und verbindliche Ziele zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland bis 2030. Die Notwendigkeit zur Dekarbonisierung, zur Bekämpfung von Fluchtursachen, ein Wandel hin zu fairem Handel sowie Innovationen in der Kreislaufwirtschaft und in der Stadtentwicklung sind unverzichtbar. Nachhaltigkeitsziele und Maßnahmen müssen sich unmittelbar aufeinander beziehen. Die Managementregeln in der Nachhaltigkeitsstrategie sind fortzuentwickeln.

2. **Verstärkte vertikale Integration**: Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie muss den Kontext der VN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung berücksichtigen und sich im Aufbau an den Globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs) orientieren. Die deutschen Nachhaltigkeitsziele müssen wesentlich stärker als bisher der internationalen Verantwortung Deutschlands Rechnung tragen. Der institutionelle Rahmen ist fortzuentwickeln, um Nachhaltigkeit integrativ in alle Politikbereiche hineinzutragen, Akteure zu vernetzen und zu neuen Aktionen zu ermutigen.

3. **Verstärkte Handlungsfähigkeit der Akteure**: Die Bundesregierung sollte, als Erster Stakeholder der Nachhaltigkeitsstrategie, ihren eigenen Einsatz von finanziellen und personellen Mitteln verstärken. Ein breiter und verantwortlicher Dialog mit möglichst vielen Akteuren ist auch nach der jetzigen Dialogphase nötig. Die Kommunikation muss transparent sein und alle Partner und Aktiven erreichen. Das Mandat des Nachhaltigkeitsrates muss fortentwickelt werden, um den Anforderungen der Agenda 2030 gerecht zu werden.

Ausgehend von diesen Grundsätzen empfehlen wir folgende dringlich wichtigen Schritte.

Kapazitäten zur Steuerung ausbauen

Es wird erwartet, dass die Nachhaltigkeitsstrategie engagiert weiterentwickelt und ein besonderes Augenmerk auf die wirksame Umsetzung gelegt wird. Alle Bundesressorts und die Stakeholder müssen dazu beitragen. Langfristig und ambitioniert angelegte Nachhaltigkeitsstrategien sind kein Luxus. Sie verbinden notwendiges Handeln im Hier und Heute mit der Perspektive auf die Welt und das Morgen.

Der Nachhaltigkeitsrat hält darüber hinaus auch die intensive Prüfung für erforderlich, ob und wie die Nachhaltigkeitsprinzipien Verfassungsrang erhalten können und sollen. Wir empfehlen die weitere institutionelle Verankerung der Nachhaltigkeitsstrategie in den Arbeitsstrukturen der Bundesregierung, insbesondere den Ausbau der Kapazitäten zur Umsetzung der Managementregeln und zur Steuerung der Prozesse im Bundeskanzleramt und den Bundesressorts. Die Koordination und die Vernetzung sollen intensiviert werden. Dazu soll die Nachhaltigkeitsstrategie auch institutionell in die Haushaltsberatungen und die Mechanismen der Bund-Länder-Koordination eingebunden werden. Die Möglichkeiten zur Finanzierung ressortübergreifender Nachhaltigkeitsvorhaben müssen verbessert werden. Die Kapazitäten des Statistischen Bundesamtes im Bereich Nachhaltigkeit sind auszubauen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie vor Ort verankern

Wir empfehlen Bund und Ländern, Nachhaltigkeitsinitiativen und das Engagement vor Ort und den regionalen Austausch der Akteure zu stärken. Dies soll der Eigenverantwortung der Akteure mehr Raum geben, dezentrale Lösungen zu entwickeln und neue Kooperationen einzugehen. Dies gilt auch insbesondere für die Selbstorganisation der Bürger in der Energiewende. Wir empfehlen eine gute Vorbereitung und das Schaffen von Voraussetzungen, um mittelfristig auch einen zivilgesellschaftlich getragenen Bericht zur Verankerung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in der Gesellschaft möglich zu machen. Gute Ansätze sollen besser kommuniziert und gewürdigt werden, um mehr als das Vorhandene zu schaffen. Die Bundesregierung soll ihre Bemühungen verstärken, die Nachhaltigkeitsstrategie in der Öffentlichkeit präsenter und im administrativen Handeln bindender zu machen.

Forschung auf Nachhaltigkeitsstrategie ausrichten

Die Agenda 2030 stellt auch die Forschung vor neue Herausforderungen. Das gilt insbesondere für das BMBF-Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA). Sein Anteil am Fördervolumen des BMBF sollte weiter ausgebaut werden. Erste, systematische Verknüpfungen von Bildung für Nachhaltige Entwicklung, FONA und Hightech-Strategie sollten verstärkt werden.

Die Chancen für eine integrierte Ausrichtung des Forschungsprogramms auf die Herausforderungen der Implementierung der Agenda 2030 sind vertieft zu nutzen. Wir erwarten, dass FONA, Hightech-Strategie, Bioökonomie und die Forschungs- und Innovationsprogramme zu Big Data und Industrie 4.0 Vorschläge zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie erarbeiten und sich auf die Nachhaltigkeitsziele beziehen, etwa bei der Aufstellung der jeweiligen Agenda. Den Potenzialen gesellschaftlicher (sozialer) Innovationen ist im Rahmen der Hightech-Strategie ein höherer Stellenwert einzuräumen.

Bei der Entwicklung und Umsetzung müssen Kooperationen von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft stärker als bisher im Fokus stehen. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Peer Review der deutschen

Nachhaltigkeitsstrategie und die darin gegebenen Empfehlungen. Bei zentralen Fragen sollte ein Co-Design unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft die Forschung noch enger mit realen Veränderungsprozessen verbinden.

Den internationalen Dialog zur Nachhaltigkeit vertiefen

Die Universalität der Agenda 2030 richtet den Blick auf die gemeinsame globale Verantwortung aller Staaten, die verstärkt partnerschaftlich organisiert werden muss. Die Bundesregierung sollte auf internationaler Ebene für die ambitionierte nationale Umsetzung der Agenda 2030 werben. Wir begrüßen daher, dass die Bundeskanzlerin am Rande der VN-Generalversammlung im September 2015 den Aufruf der „Group of 9 Nations“ unterzeichnet hat. Der globale Erfahrungsaustausch muss nun verstärkt werden und die Umsetzung der VN-Nachhaltigkeitsziele regelmäßig Thema von Gesprächen auf höchster politischer Ebene sein. Zur Konkretisierung dieser Absicht empfehlen wir zunächst, die deutsche Nachhaltigkeitspolitik zum Bestandteil aller bi- und multilateralen Beziehungen der Bundesrepublik zu machen.

Zur nationalen Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele muss Nationales und Internationales auf neue Art verknüpft werden. Nationale Politiken müssen ihren Beitrag zur Agenda 2030 leisten. Das gilt etwa für die weltweiten Auswirkungen unseres Konsums und unserer Produktionsmuster, der deutschen und europäischen Agrarpolitik sowie für unsere Verantwortung im Rahmen des Pariser Klimavertrages. Wir empfehlen der Bundesregierung, international und mit den Partnerländern beim Aufbau und Austausch von Kompetenzen voran zu gehen und hierzu auch das High Level Political Forum zu nutzen.

Wir erwarten, dass sich die Notwendigkeit neuer Verantwortungspartnerschaften auch in entsprechenden Finanzierungsmodellen niederschlägt. Die Bundesregierung sollte nach neuen Wegen suchen, um politische Maßnahmen zu ermöglichen, die an der gemeinsamen Verantwortung über Ländergrenzen hinweg und etwa entlang von Lieferketten, Stoffströmen oder kulturellen Normen ansetzen.

Neue Herausforderungen aufgreifen

Die mannigfaltigen Herausforderungen, denen sich Deutschland durch die hohe Anzahl der Geflüchteten gegenübersieht, erfordern ein auf Nachhaltigkeit ausgerichtetes und langfristig angelegtes Handeln, systemische Herangehensweisen, eine integrierte Sicht und eine ernstgemeinte Beteiligung der Menschen an politischen Entscheidungen. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie in der neuen deutschen Nachhaltigkeitsstrategie deutlich macht, dass nachhaltige Entwicklung sowohl mit den Ursachen von Flucht als auch mit der Integration der Geflüchteten eng zusammenhängt und wie Nachhaltigkeitspolitik zur Lösung beitragen kann und wird.

Außen- und Sicherheitspolitik muss verstärkt Instrumente der zivilen Krisenprävention und Bewältigung nutzen. Die Ausgestaltung des globalen Handels und seine Auswirkungen auf Entwicklungsländer gehören grundlegend auf den Prüfstand. Die SDGs sind letztlich eine Handlungsaufforderung für politische Reformen auf allen Ebenen und in allen Ländern. Wir empfehlen der deutschen wirtschaftlichen Zusammenarbeit die breite Unterstützung solcher Reformen durch geeignete Finanzierungsinstrumente. Im Inneren müssen gezielt Maßnahmen zur Förderung des sozialen Friedens und zum Abbau der sozialen Ungleichheit ergriffen werden. Die nachhaltige Stadtentwicklung wie auch Landes-Nachhaltigkeitsstrategien bieten hierbei wichtige Anknüpfungspunkte.

Zu den Zielen und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie hat sich der Nachhaltigkeitsrat in seiner Empfehlung vom Mai 2015 geäußert. Weitere fachbezogene Überlegungen, Konzepte

und Konkretisierungen, die für die Facharbeiten nützlich sind, können der Bundesregierung gerne zur Verfügung gestellt werden.